

Braunkohlentag 2015

21. Mai 2015, Köln

Es gilt das gesprochene Wort

Perspektiven der deutschen Braunkohlenindustrie 2015

Dipl.-Ing. Matthias Hartung

Vorsitzender des Vorstandes des DEBRIV

Sperrfrist: 21. Mai 2015, 18.00 Uhr

Text auch im Internet unter

www.braunkohle.de

unter Der DEBRIV/Der Braunkohlentag/Braunkohlentag 2015

Perspektiven der deutschen Braunkohlenindustrie 2015

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Gäste,

herzlich willkommen auf dem Braunkohlentag 2015 in Köln.

Ich begrüße Sie alle mit einem Glückauf zu unserer Abendveranstaltung.

Ich hoffe, Sie hatten eine gute Anreise und sind gerne heute in Köln.

Köln ist eine Millionenstadt mit vielen Gesichtern, die weltoffen ist und vielen Kulturen ein Zuhause bietet.

Sie lädt ein, eine Menge unterschiedliche Beobachtungen zu machen.

Aktuell gibt es viele Veranstaltungen zum Thema „200 Jahre Preussen am Rhein“.

Vom nahe gelegenen Dom bis zur großen Moschee an der Inneren Kanalstraße ist es nicht weit.

Stadtteile spiegeln das städtische Leben wider, so steht beispielsweise Ehrenfeld für die Jugend, für Kunst und die Vielsprachigkeit, Köln-Kalk für türkisches Leben, die Ringe für das Vergnügen, Lindenthal für die Universität, Niehl für Ford.

Am westlichen Horizont erkennt man die Silhouette der Braunkohlenkraftwerke.

Bei genauerem Hinsehen auch rekultivierte Hochkippen.

Das Maternushaus, in dem wir uns eingefunden haben, repräsentiert die katholische Kirche, die historisch außerordentlich bedeutsam für Köln ist und heute noch prägend wirkt.

Köln vermittelt schnell ein sympathisches Bild, so wie wir es gerne sehen.

Weltoffen, tolerant, gelassen, zukunftsorientiert, aber auch emsig, geschäftstätig, vielfarbig.

Bei näherem Hinsehen allerdings gibt es vieles, das verbessert werden kann, wie z. B. die Infrastruktur, Sauberkeit, etc. Manches, was stabil erscheint, ist fragil.

Stabilität kann durch wirtschaftliches Handeln erreicht werden, wirtschaftlicher Erfolg muss hart erarbeitet und gesellschaftlicher Zusammenhalt bewusst gepflegt werden.

Stärken werden verknüpft, Schwächen können damit ausgeglichen werden.

Getragen wird dieses hochkomplexe System einer technischen Zivilisation durch eine vielfältige Infrastruktur, die das Lebensnotwendige für den Bürger und die Wirtschaft bereitstellt.

Ein wichtiges Element dabei ist die Energie- und Stromversorgung. Auch hier gibt es eine Arbeitsteilung; man nennt das landläufig Energiemix.

Über die Zeit gesehen hat sich dieser Energiemix gewandelt.

Ausgehend von Wasserkraft und Kohle erfolgte in den 60er Jahren ein kleiner Ausflug in Richtung Erdgas, der dann durch die Ölkrisen 1973/79 gestoppt wurde.

Die neue Stromstrategie in den OECD-Ländern und Deutschland setzte auf Kohle und Kernenergie.

Es entstand der europäische Binnenmarkt für Strom.

Die Gebietsmonopole entfallen, der grenzüberschreitende Stromaustausch steigt, europäisches Umweltrecht schafft ein Level-playing-field.

2011 wird nach einigen Zwischenschritten das nun endgültige Aus für die Kernenergie in Deutschland beschlossen.

Damit entfallen bis 2023 annähernd 30 Prozent des deutschen Stromangebots.

Ersetzt werden soll die Kernenergie im Wesentlichen durch erneuerbare Energien.

Heute spricht man programmatisch von einer Energiewende.

Stark ausgebaut werden die Biomasse-, die Wind- und Solarstromerzeugung.

Sichtbar werden hohe Kosten.

Die Systemintegration fluktuierender Erzeugung wird ein großes Thema.

Genauso wie der Netzausbau.

Die Kosten werden weiter steigen.

Trotz aller Unterschiede, trotz einer großen Vielfalt an Meinung gibt es ein Leitbild, das von der überwiegenden Mehrheit getragen wird.

Die Stromversorgung soll sicher, wirtschaftlich und umweltgerecht sein.

Das ist der Grundkonsens, auf den wir aufbauen.

Durchaus strittig wird erörtert, wie man die Begriffe sicher, wirtschaftlich und umweltgerecht füllt und wie ein tragfähiges Gleichgewicht erhalten werden kann.

Das sind die Themen, die wir in der Abendveranstaltung der Braunkohlentage aufrufen.

Ein besonderer Gruß geht an Herrn Präsident Grillo vom Bundesverband der deutschen Industrie, der gleich zu uns sprechen wird.

In Ihrem Referat wird der Rahmen umrissen, in den man auch die Tätigkeit der deutschen Braunkohlenindustrie einordnen muss.

Als neues Element auf dem Braunkohlentag haben wir erstmals eine Podiumsdiskussion vorgesehen.

Ich begrüße die Teilnehmer sehr herzlich:

- Herr Dr. Ehler, CDU, ist langjähriges Mitglied im Europaparlament und in Brüssel spürbar tätig in den Bereichen Technologie- und Wirtschaftspolitik. Herr Dr. Ehler stammt aus Brandenburg, kennt die Lausitz, die Braunkohle und unterstützt die Arbeit von EURACOAL.
- Herr Sebastian Hartmann, Mitglied des Deutschen Bundestags, kommt aus dem Rhein-Sieg-Kreis und wird in unserer Diskussion Berlin und die Sozialdemokratie repräsentieren.
- Herr Ralf Sikorski, Mitglied im Hauptvorstand der IG BCE, steht in unserem Panel für den Sozialpartner, aber auch für eine Gewerkschaft, die sich aktiv und erfolgreich für den Industriestandort Deutschland einsetzt.
- Herr Dr. Matthias von Bechtolsheim von Artur D. Little ist Mitverfasser einer Studie zur Braunkohle, die dort als robust und zukunftsfähig geschildert wird; gleichzeitig werden politische Risiken identifiziert.
- Herr Grillo und ich werden ebenfalls an der Podiumsdiskussion teilnehmen.

Im Gespräch werden wir die aktuellen wirtschafts- und energiepolitischen Fragen ausleuchten und da gibt es reichlich Stoff für die Diskussion.

Wir wollen die Argumente austauschen und im Dialog zu gemeinsamen Schlussfolgerungen kommen.

Wie eingangs am Beispiel der Stadt Köln dargestellt, wissen wir alle, dass viele Sichtweisen nebeneinander bestehen, die sehr stark durch den jeweiligen Standpunkt bestimmt werden.

Zukunftsbilder sind häufig sehr subjektiv und nicht einfach die Summe aus den zugänglichen Fakten oder tatsächlichen Ereignissen.

Es gibt Zerrbilder, gerade für die Energiezukunft.

Zur gesellschaftlichen Wirklichkeit gehört, dass politische Prozesse durch Macht- und Interessenkämpfe beeinflusst werden, leider partiell auch durch ideologisch geprägte Sichtweisen.

Gegenwärtig wird eine scharfe Debatte geführt, in die sich die Wirtschaft, die Beschäftigten und die Braunkohlenindustrie aktiv einbringen.

Viele von uns hier im Saal haben sich seit vielen Jahren bei derartigen Fragen engagiert.

Ich erinnere an die Diskussion über die Nutzung der Braunkohle in den neuen Ländern nach der Wiedervereinigung.

Das, was heute als wettbewerbsfähige Industrie Arbeit und Wohlstand für die Regionen schafft und gleichermaßen zu einer sicheren Stromversorgung beiträgt, war nach der Wende strittig.

In langwierigen und vielschichtigen politischen und unternehmerischen Entscheidungsprozessen wurde das erarbeitet, was heute die Reviere in Mitteldeutschland und in der Lausitz kennzeichnet.

Die Genehmigung des Abbaufelds Garzweiler II lief in etwa zeitgleich und war mit vergleichbaren politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verknüpft.

Heute, über 20 Jahre später, wird die Grundsatzfrage erneut aufgeworfen.

Gestritten wird darüber, in welcher Form die Kohle, und hier insbesondere der einzige noch verbliebene heimische Energieträger Braunkohle in den angestrebten Transformationsprozess der deutschen Stromversorgung integriert werden kann.

Das grüne Spektrum fordert den Kohlenausstieg; der mediale Druck ist sehr hoch.

Warum bin ich dennoch optimistisch?

Ich bin optimistisch, weil die Braunkohle die besten Voraussetzungen bietet, langfristig robust in einen zukünftigen Strommarkt integriert zu werden.

Deutschland verfügt mit den Braunkohlenlagerstätten über ein großes Rohstoffreservoir, das auch im globalen Vergleich bedeutend ist.

Die Braunkohlengewinnung und -nutzung erfolgt im Rahmen integrierter Planungs- und Betriebskonzepte, die weit in die Zukunft reichen.

Das System aus Tagebauen, Kraftwerken und Veredlungsbetrieben ist hochproduktiv.

Im Rahmen der absehbaren Veränderungen auf den Energiemärkten kann die heimische Braunkohle auf lange Frist wirtschaftlich bleiben.

Das sind Stärken, die Gewicht haben, auf die man aufbauen kann. Allerdings:

Der Aufschluss von Tagebauen und die Errichtung von Kraftwerken oder Veredlungsbetrieben erfordern hohe Investitionen.

Alle Anlagen sind technisch und wirtschaftlich auf eine sehr lange Nutzungsdauer ausgelegt und können sich nur in vielen Jahrzehnten amortisieren.

Dieser ausgeprägte Vorteil, der über lange Zeiträume eine verlässliche Entwicklung ermöglicht, kann eine Schwachstelle sein, wenn Weitblick und Verlässlichkeit fehlen.

Der gesetzliche Rahmen und die Genehmigungen haben bisher Planungssicherheit gewährleistet.

Nun gibt es erhebliche Unsicherheiten und erheblichen wirtschaftlichen Druck aufgrund der niedrigen Großhandelspreise.

Unsicherheiten resultieren aus der Entscheidung der Landesregierung NRW zur Verkleinerung des Abbaufeldes Garzweiler II und aus der Sonderabgabe des BMWi auf die Kohlenverstromung.

Diese Unsicherheiten müssen baldmöglichst ausgeräumt werden.

Auch wir erkennen die gesellschaftlichen Veränderungen und wissen, dass Anpassungen vorgenommen werden müssen.

Wir stellen uns aber gegen Strukturbrüche.

Stattdessen brauchen wir den Strukturwandel.

Das wir diesen begleiten können, hat die Braunkohlenindustrie mehrfach bewiesen.

Was können wir jetzt tun? Was müssen wir tun!

Unsere Industrie handelt verantwortungsvoll und ist verlässlich, das wird so bleiben.

In den Revieren erfolgt ein umfassender Interessenausgleich zwischen den vom Bergbau Betroffenen und den Unternehmen.

Die Sozialpartnerschaft funktioniert.

Dafür stehen wir.

Das wird anerkannt, die Akzeptanz in den Regionen ist hoch.

Ausgehend von den Revieren gibt es eine beachtliche Unterstützung in den Braunkohlenländern und auch in den Fraktionen der großen Koalition.

Es gibt allerdings auch einen scharfen Gegenwind, der insbesondere von den medienaktiven Umweltorganisationen wie Greenpeace entfacht und unterhalten wird.

Nachdem das Thema Kernenergie seine polarisierende Strahlkraft verloren hat, ist die Suche nach einem neuen Konfliktfeld unübersehbar und das Thema scheint

gefunden zu sein: Unter dem Stichwort Dekarbonisierung nimmt man sich die Kohle vor, das Gas wird folgen.

Braunkohle wird derzeit im Rahmen einer Kampagne immer mehr auf die große Bühne gezerzt und als Störenfried gebrandmarkt.

Dabei geht es auch darum, über eine Polarisierung das eigene Klientel zu aktivieren und die Spendenbereitschaft zu erhalten.

Das verlangt von uns nach einer sachlichen und gleichermaßen hartnäckigen Reaktion.

Viele von uns waren am Samstag, den 25. April 2015 in Berlin und haben Flagge gezeigt.

Das war ein unüberhörbares Signal mit Absender insbesondere IG BCE.

Dafür danke ich im Namen aller Unternehmen herzlich.

In der Auseinandersetzung um die Sonderabgabe haben wir vielfach Unterstützung erhalten, beispielsweise vom BDI, aus der Politik, überregional und regional und aus der Wissenschaft.

Ohne im Einzelnen auf die Diskussion jetzt einzugehen, erlaube ich mir an dieser Stelle eine Wertung:

Es geht nicht darum, die Klimaschutzziele in Frage zu stellen, obwohl wir wissen, dass nationale Sonderziele dem Klimaschutz nicht wirklich nutzen.

Es gibt viele effizientere und günstigere Wege, die Ziele zu erreichen.

Auch darauf will ich jetzt im Einzelnen nicht eingehen.

Es geht aber darum, klar zu machen, dass die vorgeschlagene Sonderabgabe, auch in ihrer modifizierten Form, auf einer unvollständigen Analyse der wirtschaftlichen und rechtlichen Randbedingungen basiert.

Das Konzept beinhaltet schwerwiegende Fehleinschätzungen und würde die heimische und wettbewerbsfähige Braunkohlenindustrie massiv gefährden und zu gravierenden sozialen Folgen führen.

Zudem kann ein solches System nicht garantieren, dass die angestrebte CO₂-Minderung punktgenau erreicht wird.

Das ist ein Irrglaube.

Die Abgabe würde durch Kraftwerksstilllegungen lediglich zu Verlagerungen der Emissionen ins benachbarte Ausland führen.

Dort würden fossile Kraftwerke mehr CO₂ emittieren.

Da die strom- und energiewirtschaftlichen Aspekte falsch eingeschätzt wurden, ist es nicht verwunderlich, dass die industriepolitischen und die regionalwirtschaftlichen Konsequenzen in keiner Weise zutreffend erfasst oder beschrieben wurden.

Das Konzept der Sonderabgabe und auch ihre Modifizierung hat unheilbare Schwachstellen und wird deswegen von uns als untauglicher Ansatz zurückgewiesen.

Unsere Argumente gegen das Modell haben wir vorgetragen und ich glaube, vieles ist angekommen.

Dennoch ist das Instrument noch nicht vom Tisch.

Offen ist auch, welche Alternativen in Frage kommen, obwohl es hier gewiss schon Ideen gibt.

Die Bundesregierung hat im Oktober 2014 ein Grünbuch vorgelegt mit dem Titel „Strommarkt für die Energiewende“.

Dies enthält schon einige gute Ansätze, die ebenfalls zur CO₂-Reduzierung beitragen können, wenn man sie richtig nutzt.

Parallel hierzu wurde das Aktionsprogramm Klimaschutz erarbeitet, diesbezügliche Beschlüsse datieren vom Dezember 2014.

In der augenblicklichen Auseinandersetzung, aber auch in der Perspektive geht es darum, wie diese beiden Handlungsstränge miteinander verknüpft werden.

Dies allerdings kann nur geschehen, wenn man den europäischen und globalen Rahmen mitbetrachtet und die tief hängenden Früchte zuerst erntet.

Die Diskussion muss wieder verbreitert werden.

Die Lösung liegt in einem umfassenden Ansatz, in dem Effizienzsteigerung und Modernisierung Priorität haben und nicht Produktionsbeschränkungen in Braunkohlenkraftwerken.

Es geht um einen konstruktiven Ansatz und nicht um einen weiteren Ausstieg.

Die Kette des Ausstiegs ist bereits zu lang: Kernkraft, unkonventionelles Erdgas, CCS.

Ich bin fest überzeugt, die angestrebte Transformation des deutschen Stromsystems, d. h. der Kernenergieausstieg und der Ausbau der erneuerbaren Energien, wird besser gelingen, wenn man die Potenziale der heimischen Braunkohle weiter nutzt.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich bitte nun Herrn Grillo um seine Ansprache.